

Wirtschaftlicher Jahresrückblick.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Die deutsche Wirtschaft und mit ihr das deutsche Volk, von dem jeder Einzelne, selbst Frauen und Kinder, im letzten Krisenjahre deutlicher und bewusster denn je spüren und merken mußte, daß die Wirtschaft die Gesamtheit des Volkes in ihren Lebensäußerungen darstellt, steht am Ende des ereignisreichsten Jahres, das bisher jemals von dem deutschen Volke und einem Volke überhaupt getragen werden mußte. Fünf Sechstel dieses Jahres standen im Zeichen des immer groteskeren Uebersteigens einer Krise, des immer schnelleren Sturzes in einen Abgrund, der mit chaotischer Zerkümmernng zu enden drohte. Einige wenige Zahlen und Tatsachen, lassen selbst uns Zeitgenossen, die in stetem Laumel, in stetem Rausch und in steter Angst den abenteuerlichen Zahlenwahnsinn um uns wirren sahen, erst erkennen, was dieses Jahr für unser Volk und seine Wirtschaft, für die sozialen und kulturellen Verhältnisse bedeutet.

Der Dollar stieg im Laufe dieses Jahres auf das Vierhundertzwanzigmillionsfache des Standes bei Beginn des Jahres, noch schneller stieg der Lebenshaltungskostenindex, der populärer ausgedrückt, der Bedarf an Haushaltsgeld, und beinahe ebenso schnell wuchsen die Ziffern der Staatschulden und des umlaufenden Betrages an Geld und Geldersatz. Rund dreihundertfünfzigtausend Unterstüßte, insgesamt vielleicht 500 000 Erwerbslose waren von etwa 15 Millionen Erwerbsfähigen bei Jahresbeginn zu zählen, jetzt aber trotz einer vorübergehenden Beschäftigungszunahme vor Weihnachten nahezu vier Millionen. Immer noch stieg in den ersten drei Vierteln des Jahres 1923 die Zahl derer, die von der öffentlichen sozialen und politischen Bureaucratie regiert und organisierend, aber absolut unproduktiv beschäftigt wurden; im Herbst waren wir so weit gekommen, daß, eingerechnet der Steuerbureaus in den Unternehmungen und der zahllosen sogenannten gemeinnützigen Betriebe, von vier beschäftigten Deutschen einer der staatlichen oder sozialpolitischen Bureaucratie angehörte. Das heißt, daß in diesem Jahre ständiger Wirren und ständiger Geldwertschwundes selbst bei höchster, Bezahlung immer drei Tägige in ihrem Arbeitsertrag um die Lebenshaltungskosten eines vierten unproduktiven Tätigen, aber in seinen Ansprüchen meist nicht sehr Bescheidenen geschädigt waren.

Es ist ein Wunder, daß bei derart von vornherein unzureichendem Arbeitsertrag und bei der Währungszerfallung, die dem Arbeitsertrag von heute, morgen nur noch den halben, übermorgen vielleicht den zehnten Teil seines Wertes ließ, die an sich geringe Arbeitsleistung und Arbeitsfreude immer wieder wacker beinträchtigt wurde? Es ist ein Wunder, daß Verteilungsfragen und soziale Kämpfe eine wachsende Verbitterung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzeugten, die die besten Kräfte in endlosen Verhandlungen binden mußte, die durch immer neue Kämpfe, Streiks, passive Resistenz notwendig wurden und damit die Produktion sowie den zur Verfügung stehenden Arbeitsertrag weiter schwächte und ihrerseits Anlaß zu neuer Geldentwertung und zu neuen Krisenerscheinungen gab? Durch solche Verhältnisse mußte unsere Handels- und Zahlungsbilanz sich weiter verschlechtern, indem der Einfuhrbedarf sich vergrößerte, die Ausfuhrmöglichkeit geringer wurde und wachsende Steuern einem verschwenderischen und oft beinahe wirtschaftsfeindlichen Staate gegenüber immer weiteres Kapital ins Ausland abfließen oder unproduktive Unterkunft in gehamsterten Sachwerten suchen ließ.

Heute, wo wir nach nur einmonatlicher Arbeit im Zeichen einer neuen, gradlinigen Entschlossenheit zur Gesundung und zur wirtschaftlichen Einstellung uns der ersten Segenswirkungen eines stabilen Geldes und eines recht merklich begonnenen Preisabbaues wieder in Gestalt eines ruhigen Weihnachtstreffes freuen konnten, wo eben diese erste Wirkung die unerhörte Häufung von Elend und Verarmung, das Absterben sozialer und kultureller Einrichtungen und die maßlosen Auswüchse des gewinnlästigen Egoismus und wiederholter Kraftzerstörung erst so recht deutlich werden ließen, steht man fastungslos und verständnislos vor der Vergangenheit mit der Frage, wie es möglich war, daß das arbeitsfeindliche und arbeitsegewohnte Deutschland die Dinge so weit

treiben lassen konnte. Wie ist es möglich, was hat die Entwicklung beherstet, die zu diesem Jahr und seinen Geschehnissen führen?

Am Beginn des abgelaufenen Jahres steht der Einbruch Frankreichs in deutsches Gebiet, steht die Bahmlegung des Wirtschaftszentrums an Rhein und Ruhr, steht der Beginn eines zwölfmonatlichen Feldzuges gegen die Arbeit und gegen die Fähigkeit, Reparationen zu leisten, den der angebliche Reparationsforderer Poincaré unternahm. Der Kampf um die Ruhr gab der deutschen Wirtschaft den Todesstoß, und seine Fortdauer lähmt und hemmt heute noch jeden Gesundungsprozeß und stempelt alles, wozu sich ein Volk in höchster Not aufgerafft hat und was sich in der Besserung der Verhältnisse während der letzten sechs Wochen auswirkt, zu Behelfsmaßnahmen von kurzer Dauer, zu Uebergangsmitteln, die der eigentlichen Gesundung nur vorangehen können. Aber wenn das ganze deutsche Volk mit einer leider noch nicht vorhandenen Einigkeit und Klarheit diese Dinge erkennt und überblickt, gilt es, mit derselben bitteren Ehrlichkeit zu erkennen und zu bekennen, daß gleiche Kraft und gleichgerichtete Wirkung die falsche Einstellung der letzten fünf Jahre besaß, daß vielleicht auch ohne Ruhrereignis die Umwälzung einer staatlichen Umwälzung zur Klassenkämpferischen Erregung und zu einer auf einseitigen Klassenvorteil ohne Berücksichtigung des vorhandenen und verteilbaren gerichteten Lohnbewegung zu einem Zusammenbruch und zu einem Chaos hätte führen müssen. Es galt und es gilt, sich darauf einzustellen, daß das deutsche Volk verarmt und geschwächt ist, und daß nur Sparsamkeit und Leistungsprinzip, gepaart mit Leistungswillen, dem deutschen Volke wieder aufhelfen können.

In dieser Erkenntnis, von der man diesmal endlich hoffen kann, daß sie in der Silvesterstunde Gemeinsamkeit im deutschen Volke befehen wird, liegt die Einstellung, die Hoffnung und die Entscheidung für das neue Jahr. Das alte Jahr ließ die Unhaltbarkeit der bisherigen Einstellung erkennen, brachte den Zusammenbruch, brachte schließlich als schönstes Christgeschenk die Vorbereitung zur Gesundung. Das neue Jahr wird der Arbeit für diese Gesundung geweiht sein müssen. Das neue Jahr wird mit der Gesundung erst die klare Erkenntnis der ungeheuren Not bringen, die wir heute zu ahnen beginnen. Vor den schwersten Krisen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Arbeit stehen wir wahrscheinlich erst im neuen Jahr. Wenn aber diese Krisen, was zu hoffen steht, nicht nur im Zeichen des Arbeitswillens, sondern auch der Arbeitsmöglichkeit, die eben sie erschließen, wieder stehen, im Zeichen der Armut und des Leistungsprinzips, dann werden sie dadurch gemildert sein, daß es nicht mehr heißt: Wer lebt, hat Anspruch zu essen, aber daß es heißt: Wer arbeitet, wird nicht mehr hungern.

Härteste Freiheitsstrafen im Düsseldorf Schupo-Prozeß.

Das französische Kriegsgericht in Düsseldorf hat im Schupo-Prozeß ein Urteil von unerhörter Härte gefällt. Regierungspräsident Brähler wurde wegen Mittäterschaft am Morde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Hauptmann Bodenkeim zu 10 Jahren Zwangsarbeit, Hauptmann Meyer in contumaciam zu 10 Jahren Zwangsarbeit; Polizeikommissar Büssener zu zwei Jahren Gefängnis und 800 M. Geldstrafe wegen Totschlages.

Hauptmann Pfeffer zu sechs Monaten Gefängnis, Oberleutnant Vohl zu fünf Jahren Zuchthaus, Oberleutnant Hübner fünf Jahre Gefängnis, Polizeikommissar Krieg 18 Monate Gefängnis wegen Mißhandlungen, Oberleutnant Winkelmann 1 Jahr 5 Monate Gefängnis, Polizeikommissar Effer in contumaciam zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, Wachtmeister Eberts 1 Jahr Gefängnis, der Kapitän König 3 Monate Gefängnis, Wachtmeister Kühnel 18 Monate Gefängnis wegen Totschlages, Wachtmeister Schaback 3 Jahre Gefängnis, Acht Mann der Schupo wurden freigesprochen. Schöne mann und Hartmann erhielten drei Jahre Gefängnis.

Eine große Anzahl der Unterbeamten ist freigesprochen worden, von den Offizieren Hauptmann Pakla, Major Engel und Oberleutnant Vogt.

In der Verhandlung am 28. d. M. beantragte der Anklagevertreter Selu für Dr. Brähler, welcher es fertiggebracht habe, an einem Nachmittag so viele Opfer zu verursachen, wegen Mordes die Todesstrafe, für die abwesenden Angeklagten Hauptmann Meyer, Oberleutnant Bodenkeim, Polizeikommissar Effer die Höchststrafe, d. i. lebenslängliche Zuchthausstrafe für Oberleutnant Vohl, der die Hauptverantwortung trage, beantragte er längere Zuchthausstrafe, ebenso für Hauptmann Pfeffer, für Oberleutnant Hübner und für Hauptmann Pakla läßt der Staatsanwalt die Anklage auf Totschlag fallen; für Hauptmann Vogt hält er die Anklage nicht aufrecht. Für den städtischen Polizeikommissar Krieg beantragte er eine hohe Gefängnisstrafe. Für den Stadtschreiber Reutichen läßt er wegen nicht genügender Beweise die Anklage fallen.

Rechtsanwalt Dr. Boff wies als Verteidiger über den Begriff der Notwehr nach deutschem und französischem Recht nach, daß die Angeklagten nach dem Fehlschlagen ihrer gütlichen Verhandlungen um Freigabe ihrer gefangenen Kameraden und da sie von verschiedenen Seiten durch Revolverkugeln angegriffen wurden, zuerst nur Schredtschüsse in die Luft abgaben, sich aber dann auf wiederholtes Feuern von separater Seite, und als Kameraden an ihrer Seite gefallen waren, in berechtigter Notwehr zum Gegenangriff entschlossen hätten. Die erwiesene Tatsache der Notwehr schließt jedoch Beurteilung wegen Totschlages aus. Dr. Boff wies auf das Paradoxe hin, daß die Polizeibeamten, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung von Beruf wegen verantwortlich seien, dafür verfolgt werden.

Rechtsanwalt Dr. Grimm-Essen führte aus: Es ist ein offenes Geheimnis gewesen, daß Matthes an dem fraglichen Tage die rheinische Republik auszurufen wollte. Die Beamten hätten den Eid geleistet, den Bestand des Staates unter Einwirkung ihrer Person zu schützen. Ein Einschreiten der Polizei sei daher unter allen Umständen gerechtfertigt gewesen.

Die Sachverständigen-Ausschüsse vollständig.

Nach offiziellen Mitteilungen der Reparationskommission steht sich der erste Sachverständigenausschuß, der die Währungs- und Budgetfragen zu behandeln hat, wie folgt zusammen:

- Großbritannien: Sir Robert Rindersieg, Direktor der Bank von England, und Sir Josua Charles Stamp, Sekretär der Nobel-Gesellschaft.
- Frankreich: Parmentier, Verwaltungsrat des Crédit Foncier von Frankreich, und Professor Allig von der Rechtsfakultät in Paris.
- Italien: Industrieller Dr. Alberto Pirelli und Flora, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna.
- Belgien: Baron Maurice Houtart, Mitglied der Kammer, und Bankier Emile Francau, Staatsminister und Bischof von Brüssel.
- Amerika: Dames von der Central Trust Company, Chicago, und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Electric Company.

Der Ausschuß für die Kapitalflucht steht sich folgendermaßen zusammen: Großbritannien: Reginald

McKenna, ehemaliger Schatzkanzler; Frankreich: Laurent Althain, Direktor der Banque de Paris et des Pays Bas; Italien: Dr. Alberti, Vizirektor des Credito Italiano; Belgien: Janßen, Direktor der Belgischen Nationalbank; Amerika: Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles.

Die Reparationskommission hat in ihrer letzten Sitzung die Zusammenfassung der beiden Sachverständigenausschüsse gemäß den bekannten Vorschlägen gutgeheißen. Der Erste Ausschuß, der sich mit den Währungs- und Budgetfragen beschäftigt, wird am 14. Januar zusammentreten, der Zweite Ausschuß, der sich mit den Fragen der Kapitalflucht beschäftigt, beginnt seine Arbeit am 21. Januar.

Freigabe der Ruhr-Eisenbahnen?

Der diplomatische Mitarbeiter der Chicago Tribune glaubt zu wissen, daß, wenn die französisch-deutschen Verhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen werden, Poincaré bereit ist, den Deutschen die Eisenbahnen der Ruhr und des Rheinlandes wieder voll zur Verfügung zu stellen. Frankreich behalte sich indessen die formelle Kontrolle über das Transportsystem vor. Weiter beabsichtige der französische Ministerpräsident eine wesentliche Erleichterung des an der Grenze zwischen besetzten und unbesetztem Gebiet errichteten Zollsystems herbeizuführen.

Rückkehr Benizelos nach Griechenland.

Die Regierung erhielt von Benizelos die Nachricht, er habe sich nach langer Ueberlegung entschlossen, dem an ihn gelangten Rufe zu folgen und zeitweilig nach Griechenland zu kommen, um zur Ordnung der Lage beizutragen, beharre aber auf seinem Entschluß, nicht auf die politische Bühne zurückzukehren. Er werde am 20. Dezember von Marseille abfahren und bitte, ihm Feiernlei Empfang zu bereiten.

Gleichzeitig teilt eine offizielle Athener Bekanntmachung mit, daß die griechische Nationalversammlung im 2. Januar ihre erste Sitzung abhalten werde.

Eingreifen des Reiches in Thüringen?

Das Verhältnis zwischen dem Reich und Thüringen ist in den letzten Tagen Gegenstand von Besprechungen in der Presse gewesen, und es sind daran Mitteilungen getrüpf worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Es ist nicht richtig, daß die Reichsregierung daran denkt, einen Reichskommissar für Thüringen zu bestellen oder besonders Staatskommissare mit der Prüfung der Verhältnisse zu beauftragen. Beschlüsse hat die Reichsregierung bezüglich Thüringens überhaupt noch nicht gefaßt. Der Tatbestand folgender: Die gegenwärtige Regierung Thüringens ist verfassungswidrig, weil durch das Ausschließen einzelner Mitglieder der zu Groß-Thüringen zusammengeschlossenen thüringischen Länder diese in der Regierung nicht vertreten sind. Auch scheinen die Finanz- und Verwaltungsverhältnisse in Thüringen stark im argen zu liegen. Mit der Prüfung dieser Verhältnisse ist der Oberlandesgerichtspräsident von Jena beauftragt worden. Erst wenn das Ergebnis dieser Prüfung vorliegt, wird die Reichsregierung Veranlassung haben, zu deren Ausfall Stellung zu nehmen.

Inland und Ausland

Der Rücktritt des bayerischen Landwirtschaftsministers vollzogen. Auf das Gesuch des Landwirtschaftsministers Buchhofer um Enthebung von seinem Amte antwortete Ministerpräsident Dr. v. Knilling, daß die Amtsenthebung mit sofortiger Wirkung vollzogen sei. Gleichzeitig dankte Dr. v. Knilling ihm für seine langjährige Mitarbeit. Mit der Führung der Geschäfte des Staatsministeriums für Landwirtschaft wurde bis auf weiteres Staatsrat Lang betraut.

Dietsch Eckardt gestorben. In Berchtesgaden, wo er Erholung von einem langjährigen Leberleiden suchte, ist am zweiten Weihnachtstages Dietsch Eckardt, der Herausgeber des Böllischen Beobachters, gestorben. Er stand in der Mitte der fünfziger Jahre. Sein Leiden hatte sich in der Schulpfortuna, die über ihn infolge der Ereignisse des 9. November verhängt worden war, verschlimmert. Am vergangenen Freitag ist er wieder in Freiheit gesetzt worden, doch war das Ende nicht mehr aufzuhalten. Eckardt gehörte zu den Führern der Hitlerbewegung.

Die Dautel-Aktenurteile freigesprochen. Nach einem sensationellen Prozeß, der in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat, wurde Germaine Dautel, die Wirtin des Generalsekretärs der Camelots du Roi Plateau, die eigentlich Leon Dautel ermorden wollte, vom Pariser Schwurgericht freigesprochen.

Puebla zurückerobert? Die Pariser mexikanische Gesandtschaft hat eine Depesche aus Washington erhalten, nach der Puebla am Sonnabend mittag von den Bundesstruppen zurückerobert worden ist. Die Bundesstruppen gehen nun gegen Guadalupe vor. Weiterhin werden Nachrichten, daß die Rebellen Veracruz geräumt hätten und daß der Rebellenführer General Castro nach der Einnahme von Puebla getötet worden ist.

Neues amerikanisches Abkommen mit der Türkei. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington hat der Oberkommissar der Vereinigten Staaten für die Türkei, Admiral Bristol, dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß er ein Abkommen mit der Türkei unterzeichnet habe, wonach binnen sechs Monaten nach Ratifikation des türkisch-amerikanischen Vertrages eine gemischte Kommission eingesetzt werden soll, um über die beiderseitigen Privatanprüche zu verhandeln.

Oberst Maritz von den Engländern verhaftet. Der Führer des Aufstandes in Südafrika von 1914, Maritz, der vom